

Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 48/2016

► Drei Wochen krank:

Die im Deutschen Bundestag beschäftigten Beamten und Mitarbeiter sind extrem häufig krank. Nach dem jüngsten Bericht des Innenministeriums war jeder Parlamentsbedienstete im vergangenen Jahr im Schnitt 21,1 Tage aus gesundheitlichen Gründen abwesend. Viele Fehlzeiten in den obersten Bundesbehörden gab es auch beim Bundesrat (19,9 Tage), im Verteidigungsministerium (19,2) und beim Bundesrechnungshof (18,3).

► Kinderarbeit für Kinder-Eier?

Wie die britische Boulevardzeitung *Sun* jetzt berichtet, müssen Kinder in Rumänien für einen Hungerlohn Spielzeuge in den *Überraschungs-Eiern* von Ferrero verpacken. Das Unternehmen ist angeblich »*entsetzt und betroffen*« und hat nach eigenen Angaben früher nie kontrolliert, wer die Überraschungs-Eier in Rumänien bestückt.

► Neuer Beamtenrabatt im Bordell:

Die nordrhein-westfälische Landesregierung begrüßt es, dass Beamte nach Rabatten bei Versicherungen (etwa Kfz-Versicherung) nun auch Rabatte in Bordellen bekommen. So bietet das auf die Bedürfnisse von Mitarbeitern der Landesregierung ausgerichtete Düsseldorfer Etablissement »*Club Oceans*« Beamten einen um zehn Euro vergünstigten Eintritt an, wenn sie ihren Beamtenausweis vorlegen. Auch aus der Sicht von Korruptionsermittlern handelt es sich um »*zulässige Gruppenrabatte*«.

► Grüner Wildpinkler:

Der Dortmunder Grünen-Politiker *Kaan Eker* ist vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er vor dem Hauptbahnhof urinierte. Er wurde von Mitarbeitern des Ordnungsamtes beobachtet, war sich jedoch keiner Schuld bewusst. Vor Gericht behauptete er später, er habe doch nur so breitbeinig dort gestanden, weil er eine tote Taube in ein Gebüsch geworfen habe. Der Richter entschied: »*Wegen verbotsweiser Verrichtung der Notdurft und nicht Herausgabe ihrer Personalien zahlen sie 75 Euro Bußgeld.*« Und weiter: »*Ich bin ehrlich gesagt erschüttert. Ich dachte, Politiker sollen Vorbilder sein. Da habe ich mich wohl getäuscht.*«

► Einkaufswagen als Bakterienschleuder:

Auf den Griffen handelsüblicher Einkaufswagen befinden sich durchschnittlich 100.000 Bakterien pro Quadratzentimeter. Das sind hundert Mal mehr als auf einem Toilettensitz. In sozialen Brennpunkten können es auch weitaus mehr sein. Die Hersteller solcher Wagen arbeiten derzeit fieberhaft an Oberflächenbeschichtungen, die solche Keime verlässlich abtöten. Bis zum Januar 2017 haben sie dafür Zeit. Denn danach droht den Supermärkten nach einer Übergangspflicht eine bundesweite Regelung, die Griffe zu Öffnungszeiten mehrfach am Tag desinfizieren zu lassen.

► **Audi schafft Fließbänder ab:**

Seit 1931 werden Fahrzeuge überall auf der Welt an Fließbändern gebaut. Als erster Autohersteller der Welt will Audi diese nun durch »*Montageinseln*« ersetzen. Das Fließband mache für Audi-Kunden keinen Sinn mehr, weil jedes Fahrzeug nach Hunderttausenden Einzelmöglichkeiten individuell für einen Kunden zusammengebaut werde. Die Karosserie wird künftig von Robotern auf einen Transportwagen gepackt, der sich selbstständig den Weg zu mehr als 200 einzelnen Montageinseln sucht.

► **Drohnenführerschein für Postboten:**

Die Deutsche Post will nach und nach die Zahl der Lieferfahrzeuge verkleinern und diese auf Weisung der Bundesregierung hin auch auf Elektrofahrzeuge umrüsten. Zudem sollen Postboten einen »*Drohnenführerschein*« machen, damit sie manche Pakete mit Hilfe ferngesteuerter Drohnen auch an schwer zugänglichen Orten schnell zustellen können (etwa eilige Medikamentensendungen). Die Drohnen sollen es Post- und Paketzustellern auch ermöglichen, bis zum Rentenalter zu arbeiten und sie zu entlasten. Das hat Post-Chef Frank *Appel* in einem Interview gesagt.

► **Paketdienst stoppt Zustellung:**

Weil im multikulturellen Berliner Stadtteil Wedding Paketboten immer öfter überfallen und angegriffen werden, liefert DHL zwischen Prinzenallee und Osloer Straße ab sofort keine Pakete mehr aus. Pro Straße gibt es dort mehrere tausend Straftaten pro Jahr. Und die Polizei kapituliert vor der Gesetzlosigkeit. Die Empfänger sollen ihre Pakete zukünftig 15 Kilometer entfernt in Berlin-Wilmersdorf abholen.

► **Terrorjahr 2017?**

Mehrere islamische Terrorgruppen bereiten nach übereinstimmenden Angaben westlicher Sicherheitsdienste für das Jahr 2017 eine nicht mehr zu überschauende Zahl schwerer Terroranschläge überall in Europa vor. Der Islamische Staat ist demnach nur eine dieser Gruppen. Viele andere seien selbst den Geheimdiensten kaum bekannt und erst mit den Flüchtlingsströmen nach Europa gekommen, so etwa die philippinische Gruppe *Abu Sayyaf*. Zugleich ist es belegbar und unzweifelhaft,

dass mehrere solcher Gruppen Flüchtlinge in Europa mit Anleitungen im Internet für Terroranschläge schulen.

► **Schachverbot an der Universität Hannover?**

Studenten fordern in der niedersächsischen Landeshauptstadt ein Verbot des Schachspiels, weil es sexistisch sei und nur der männliche König beschützt werden müsse. Auch sei es diskriminierend, weil Bauern auf dem Schlachtfeld immer vorgeschickt und geopfert würden, um höhere Klassen zu schützen.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 49/2016

► **Vorsicht bei Elektrofahrzeugen:**

Der ADAC weist vor dem Hintergrund des beginnenden Winters darauf hin, dass moderne Elektrofahrzeuge noch nicht wirklich wintertauglich sind. Während diese bei plus 20 Grad eine durchschnittliche Reichweite von maximal 188 Kilometer haben, sinkt sie bei minus 20 Grad auf weniger als 68 Kilometer. Weil die Heizungen der neuen Fahrzeuge ebenso wie die Enteisung viel Strom verbrauchen, kann man mit einem Elektrofahrzeug schnell unerwartet auf einer Landstraße liegenbleiben, sobald man die Heizung einschaltet.

► **Nachgemachte US-Botschaft:**

In Accra, der Hauptstadt des afrikanischen Staates Ghana, haben afrikanische und amerikanische Sicherheitskräfte ein Gebäude gestürmt, welches von Afrikanern zehn Jahre lang für die US-Botschaft gehalten wurde. Dort konnten Afrikaner gegen Bargeld echte US-Visa, US-Pässe, Geburtsurkunden und andere echte Dokumente kaufen, die Türken und Afrikaner in echten US-Botschaften gestohlen hatten. Die nachgemachte Botschaft hisste regelmäßig die US-Flagge, hatte einen täuschend echt aussehenden Sicherheitsdienst und half auch bei Übersetzungen. Die US-Regierung ist entsetzt darüber, dass die echte US-Botschaft das alles ein Jahrzehnt lang nicht mitbekommen hatte.

► **Schminktipp:**

Der *staatliche marokkanische Fernsehsender 2M* hat unlängst in seiner Morgensendung anlässlich des Tages gegen Frauengewalt Schminktipp für misshandelte Frauen gegeben. Weil zwei Drittel aller marokkanischen Frauen von ihren Männern geschlagen und misshandelt werden, wollte die Redaktion zeigen, wie man Blutergrüsse und Narben verdeckt. Der Beitrag führte international zu einem Sturm der Entrüstung. Inzwischen hat sich der Sender öffentlich entschuldigt.

► Abschleppen nach 48 Stunden:

Für das Parken im mobilen Halteverbot hat das *Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen* in Münster ein neues Urteil gefällt. Die Frist für Dauerparker zwischen Aufstellen und Abschleppen beträgt hier lediglich zwei Tage. Das heißt, auch wenn der Wagen bereits geparkt war, lange bevor das mobile Halteverbot aufgestellt wurde und der Fahrzeughalter gar nicht bemerken konnte, dass dort nun nicht mehr geparkt werden darf, wird nach zwei Tagen abgeschleppt. Der Fahrzeughalter muss die Kosten für das Abschleppen tragen und regelmäßig in kurzen Abständen kontrollieren, ob inzwischen Parkverbotsschilder aufgestellt wurden.

► Geld veruntreut?

Die schleswig-holsteinische Sozialministerin *Kristin Alheit (SPD)* soll an den *Lesben- und Schwulenverband Schleswig-Holstein* 110.000 Euro für die Umsetzung des »Aktionsplans gegen Homophobie« gezahlt haben, ohne dass der Verband eine Gegenleistung erbracht hätte. Der Landesrechnungshof sieht von einer Untersuchung bislang ab - »wegen begrenzter Kapazitäten«. Das teilte der beim Amtsgericht Lübeck registrierte *Verein Echte Toleranz* mit, der jetzt einen Untersuchungsausschuss fordert.

► Industrie finanziert SPD-Politiker:

Eine Lobbyorganisation der Metallindustrie hat für ein Gespräch mit der SPD-Vizechefin *Manuela Schwesig* rund 7.000 Euro ausgegeben. Überwiesen wurde das Geld für Treffen mit der amtierenden Familienministerin von der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)*. Auch die Umweltministerin *Barbara Hendricks (SPD)* bestätigte inzwischen Angaben, nach denen die SPD für Gespräche mit ihr Geld genommen hat, etwa auf einer Veranstaltung von einer Initiative großer Gasunternehmen wie *Gasag* oder *Gazprom*. Viele Kritiker sehen darin eine illegale Parteienfinanzierung. Dreist beim Abkassieren ist offenbar der SPD-Politiker *Norbert Römer*. Laut Landtagshandbuch bezog er in diesem Jahr allein 44.030 Euro als Mitglied des Aufsichtsrates der *RAG*. Für sein Aufsichtsratsmandat bei der *Rütgers GmbH* überwies ihm das Chemieunternehmen 25.109 Euro. Als Mitglied des Verwaltungsrates der *NRW-Bank* erhielt *Römer* bis jetzt 10.466 Euro. Hinzu kommen 9.873 Euro für seine Mitgliedschaft in der *Borussia Dortmund GmbH*. Und dazu seine Diäten als Abgeordneter.

► Gekaufter Professor?

Nachdem in den vergangenen Monaten viele Journalisten von Leitmedien enttarnt wurden, die sich für ihre Arbeit hatten schmieren lassen, gibt es nun auch unrühmliche Nachrichten von Universitäten. So berichtet die *WAZ-Zeitungsgruppe* über die *Universität Witten/Herdecke* unter der Überschrift »Gekaufte Professur?« über den Lehrstuhl für »*Literatur und Kommunikation in China*«. Die Stelle war ohne öffentliche

Ausschreibung an einen Mann vergeben worden, der sich jetzt Professor nennen darf, obwohl er nicht einmal eine Habilitation hat. Im Gegenzug hatte ein Unterstützerverein aus dem Umfeld des neuen »Professors« der Universität viel Geld gespendet.

► **Trotz Abitur keine Deutschkenntnisse?**

Nachdem das Bundeskriminalamt vor wenigen Tagen bekannt gegeben hat, dass jeder zweite Bewerber mit Abitur am Deutschtest scheitert, üben Universitätsrektoren nun Druck auf die Politik aus, Schülern ohne ausreichende Deutsch- und Mathematikkenntnisse keine Abiturzeugnisse (*also die Hochschulreife*) mehr auszuhändigen. Das Bundesinnenministerium will die Anforderungen an Deutschtets im Abitur allerdings 2017 noch weiter absenken.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 50/2016

► **Politiker per Haftbefehl gesucht:**

Die Staatsanwaltschaft Bielefeld fahndet mit einem internationalen Haftbefehl nach dem 43 Jahre alten Herforder Ratsherren *Daniel Brumberg* (»*Bürger für Herford*«). Dieser soll einen 15 Jahre alten Jungen sexuell missbraucht haben. *Brumberg*, der Vorsitzender der Wählergemeinschaft *Bürger für Herford* war, ist verschwunden. Die Polizei durchsuchte die Wohnung des Politikers. Auf einem USB-Stick soll belastendes Videomaterial sichergestellt worden sein.

► **Pädophile willkommen:**

Nach einem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts dürfen Berliner Lehrer, bei denen Kinderpornografie gefunden wurde, nicht aus dem Schuldienst entfernt werden. Zwei Lehrer waren wegen einer Fülle eindeutigen Materials von einem Berliner Amtsgericht zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Sie klagten dagegen, dass sie auch ihren Arbeitsplatz verlieren sollten.

- Und das Verwaltungsgericht entschied jetzt, Kinderpornografie sei kein Grund, Lehrer aus dem Dienst zu entfernen. Die Bildungssenatorin will nun vor das Bundesverwaltungsgericht ziehen.

► **Ausspioniert:**

Nach Angaben der Tageszeitung *Le Monde* lesen westliche Geheimdienste die Daten von Smartphones aus, sobald man sich an Bord eines Flugzeuges von bestimmten Fluggesellschaften (etwa *Lufthansa*, *British Airways*, *Aeroflot*, *Etihad*, *Cathay Pacific*, *Singapore Airlines*, *Air France* und Dutzenden weiteren) befindet und das Flugzeug eine Flughöhe von 3000 Metern erreicht hat. Von Spionagesatelliten

aus werden dann automatisch mit den Geheimdienstprogrammen *Thieving Magpie* und *Homing Pigeon* alle Daten auch von Laptops und anderen elektronischen Geräten an Bord ausgelesen. Die den Fluggesellschaften nicht bekannte Geheimdienstaktion läuft demnach schon seit mehreren Jahren. Sie diene sowohl der Wirtschaftsspionage als auch der Terrorabwehr.

► **Falschparker riskieren Führerschein:**

Das Berliner Verwaltungsgericht hat entschieden, dass Autofahrern unabhängig vom Flensburger Punktestand der Führerschein entzogen werden darf, wenn diese häufiger falsch parken (Az.: 11KL 432.16). Durch regelmäßiges Falschparken zeige ein Autofahrer, dass ihm die Fahreignung fehle. Im vorliegenden Fall hatte die Ehefrau des Klägers immer wieder falsch geparkt, der Führerschein wurde aber dem Ehemann als Fahrzeughalter entzogen. Das lassen die Richter gelten. Wer nicht erkenne, dass seine Frau charakterlich nicht zum Führen eines Fahrzeuges geeignet sei, müsse auch selbst die Konsequenzen tragen.

► **Altersbetrüger:**

Mit einem Röntgentest wurden in Dänemark jetzt in einem kaum zu glaubenden Umfang Asylbewerber bei der Angabe eines falschen Alters erwischt. In 600 von 800 überprüften Fällen hatten sich Erwachsene bei der Registrierung als unbegleitete Minderjährige ausgegeben. Sie bekamen mehr Geld und eine aufwendigere Versorgung und Betreuung als Erwachsene, weil angenommen wurde, dass sie das Geld in Bildung investieren.

► **Kredit gegen Nacktfotos:**

In China verlangen Kreditgeber jetzt immer öfter neben den personenbezogenen Daten auch Nacktfotos oder Nacktvideos von den Kreditnehmern. Falls der Kredit nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird, veröffentlichen sie die Fotos dann. Allein in der vergangenen Woche sollen 167 solcher Bilder und Filme im Internet aufgetaucht sein.

► **Anspruch auf Gegendarstellung:**

Das Landgericht Berlin (Az.: 270 513/16) und auch das Berliner Kammergericht (Az.: 10W 173/16) haben entschieden, dass Betreiber von Blogs und privaten Internetportalen auch dann Gegendarstellungen veröffentlichen müssen, wenn sich dort dargestellte andere Personen nicht richtig wiedergegeben fühlen oder Begleitumstände falsch dargestellt werden. Bisher gab es solche Gegendarstellungspflichten nur für Zeitungen, Radio und Fernsehen, nicht jedoch für private Beiträge in Internetportalen. Wichtig ist jetzt nur noch, dass solche Beiträge einen journalistisch-

redaktionellen Anschein haben, also beispielsweise Aktivitäten anderer kommentiert werden. Auch unter Abmahnanwälten hat das neue Urteil Begeisterung ausgelöst.

► **Kein Prozess wegen Lobes für Thilo Sarrazin:**

Vor dem Berliner Landgericht ist ein Prozess gegen neun Rumänen wegen bandenmäßigen Kabeldiebstahls geplatzt. Die Verteidiger lehnen einen Schöffen ab, weil dieser sich im Internet positiv zu *Thilo Sarrazins* Buch *Deutschland schafft sich ab* geäußert hatte. Ein Schöffe, der einen »*Rechtspopulisten*« wie *Sarrazin* gut fände, sei für rumänische Angeklagte nicht hinnehmbar, sagte der Anwalt eines Angeklagten, der zusammen mit anderen in mindestens 22 Fällen Kupferkabel aus dem Stromnetz der Berliner S-Bahn gestohlen haben soll. Der Prozess kann jetzt erst dann stattfinden, wenn ein politisch korrekter Schöffe gefunden worden ist.

► **Islamisierung:**

In London haben mehr als 90 Prozent der Neugeborenen Eltern, die nicht aus einem westlichen Kulturkreis stammen. Und der zweithäufigste Vorname für männliche Neugeborene ist in Großbritannien jetzt *Mohammed*. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Ausländer in Großbritannien verdoppelt, von damals 3,7 auf jetzt 8,4 Millionen Menschen. Dieser Trend des Zuzuges hält auch wegen der Familienzusammenführung an.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 51/2016

► **Interesse gezeigt?**

Die Staatsanwaltschaft Oldenburg hat einer jungen Frau mitgeteilt, dass diese es hinnehmen müsse, wenn ihr ein Flüchtling zwischen die Beine in den Intimbereich fasse. Dabei handele es sich nicht um eine Straftat. Eine Zeitung dokumentierte jetzt das entsprechende Schreiben, in welchem dem 20 Jahre alten Sexualopfer eines Flüchtlings mitgeteilt wird: »*Es ist durchaus denkbar, dass der junge Mann Ihnen auf diese Weise sein Interesse an Ihnen mitteilen wollte.*« Die Oldenburger weigerten sich mit dieser Begründung, ein Strafverfahren zu eröffnen.

► **Angst vor Vergewaltigungen:**

In Schweden trauen sich nach offiziellen Angaben der Regierung 41 Prozent der Frauen und Mädchen aus Angst vor Vergewaltigungen nicht mehr auf die Straße. Zuvor hatte die Stockholmer Universität im Auftrag der Regierung eine entsprechende Umfrage im Großraum Skane (dazu gehört auch Malmö) durchgeführt. Demnach fühlen sich nur noch 26 Prozent der schwedischen Frauen außerhalb ihrer Wohnung sicher.

► **Zusammenarbeit beendet:**

Die britische Regierung hat im Dezember 2016 offiziell mitgeteilt, dass deutsche und britische Geheimdienste ab sofort nicht mehr zusammenarbeiten und jegliche Kooperation gestoppt haben. Die Briten teilen jetzt keine geheimen Informationen mehr. Wenn sich also beispielsweise ein muslimischer Selbstmordbomber nach britischen Erkenntnissen auf dem Weg nach Deutschland befindet, um sich hier in die Luft zu sprengen, dann wird diese Information, anders als bislang, nicht mehr weitergeleitet. Die Entscheidung zur Einstellung der Zusammenarbeit fiel in London, nachdem der BND erklärt hatte, man könne den britischen Diensten nicht trauen, weil diese zu eng mit Washington zusammenarbeiteten.

► **Kindersex:**

Die Augsburger Staatsanwaltschaft hat den ehemaligen schwäbischen SPD-Chef *Linus Förster* wegen sexuellen Kindesmissbrauchs, vorsätzlicher Körperverletzung und illegaler Filmaufnahmen sowie des Besitzes kinderpornografischer Schriften verhaften lassen. Der bundesweit bekannte SPD-Politiker sitzt nun in Bayern in U-Haft. Zuvor hatte der Landtag seine Immunität aufgehoben.

► **Vorsicht bei Tauben:**

Wer aus dem Fenster einer Mietwohnung regelmäßig Tauben füttert, dem darf der Vermieter kündigen. Das hat das Nürnberger Amtsgericht entschieden. Der Vermieter hatte sich ebenso wie Nachbarn über die Taubenfütterung beklagt, der Mieter reagierte nicht. Daraufhin wurde ihm wegen »*Störung des Hausfriedens*« gekündigt (Az.: C7772/15).

► **Vorsicht an Fußgängerstreifen:**

Nach Frankreich testen jetzt auch deutsche Städte erstmals einen neuen Blitzer, der unauffällig an Fußgängerstreifen installiert wird. Das Gerät wird vom französischen Unternehmen *AFS2R* hergestellt. Mit einem Algorithmus wird die Fläche des Fußgängerstreifens permanent überwacht. Die Kamera erkennt automatisch, wenn sich ein Mensch darauf aufhält. Überquert zu dieser Zeit ein Auto den Fußgängerstreifen, dann schießt die Kamera ein Foto der Szene — das Nummernschild wird dabei ebenfalls abgelichtet. Und das Foto wird umgehend automatisch an die Polizei übermittelt. Diese überprüft dann anhand der Aufnahmen, ob es sich um ein Vergehen oder gar einen Straftatbestand handelt.

► **Abgehört durch Lautsprecher:**

Der israelische *Geheimdienst Mossad* warnt vor dem weit verbreiteten Glauben, in der eigenen Wohnung nicht abgehört zu werden. Nach diesen Angaben werden automatisch alle Personen, die an ihren Computern oder Mobiltelefonen Funktionen aus Sicherheitsgründen deaktiviert haben, abgehört. Und zwar auch dann, wenn

man glaubt, das sei technisch unmöglich. So werden nach diesen Angaben die Membranen von Lautsprechern und Kopfhörern, die über Telefon, Computer oder Musikanlage mit dem Internet verbunden sind, als Mikrofon genutzt. Dabei kann man Gespräche im Umkreis von sechs Metern auch tausende Kilometer entfernt mühelos mithören.

► **Propaganda enthüllt:**

Der frühere *CIA-Mitarbeiter John Nixon* hat 2003 in Bagdad die Befragungen des irakischen Staatschefs *Saddam Hussein* geleitet, bevor dieser wegen angeblicher Kriegsverbrechen hingerichtet wurde. John Nixon hat nun ein Buch über das geschrieben, was er der Öffentlichkeit damals nicht sagen durfte: Alle Vorwürfe gegen Saddam Hussein waren erlogen. Der angeblich gefährlichste Mann der Welt hatte weder Doppelgänger (wie es westliche Medien damals unter Berufung auf Geheimdienste behaupteten) noch Massenvernichtungswaffen.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 52/2016

► **Rücksicht auf Muslime:**

Aus Respekt vor den in Belgien lebenden Muslimen musste im Rathaus der flämischen Gemeinde Holsbeek die Weihnachtskrippe zwei Tage vor Heiligabend wieder abgebaut werden. Die Stadträtin des südöstlich von Antwerpen gelegenen Orts, *Annelies Vander Bracht* (Grüne), verteidigt den Beschluss mit den Worten: »*Die christliche Krippe könnte bei Muslimen Anstoß erregen.*« Im überwiegend katholischen Flandern sollen im kommenden Jahr nach dem Willen vieler Politiker Weihnachtskrippen und geschmückte Tannenbäume überall im öffentlichen Raum verboten werden.

► **Vegetarier und Muslime gegen britische Geldnoten:**

Weil in den neuen britischen Fünf-Pfund-Banknoten, die aus Polymerkügelchen hergestellt werden, auch Spuren von aus tierischem Schweinefett gewonnenen Talg enthalten sind, fordern Vegetarier und Muslime nun gemeinsam die Abschaffung des neuen Geldes. Die *Bank of England* fürchtet nun Terroranschläge von Vegetariern und Muslimen.

► **Vorsicht beim Urlaub in Frankreich:**

Seit den islamistischen Anschlägen von Paris und Nizza gelten in Frankreich Notstandsgesetze, deren Folgen vielen Touristen nicht bekannt sind. Denn es wurden nicht nur die Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen verstärkt. Auch das Anklicken islamistischer Internetseiten ist in Frankreich jetzt eine schwere Straftat. Gerade erst wurde ein Mann zu zwei Jahren Haft verurteilt, der islamistische Webseiten besucht hatte. Die dahinter stehende Absicht spielt dabei keine Rolle. So, wie

auch das Aufsuchen von kinderpornografischen Seiten strafbar ist, werden in Frankreich die Täter auch bei solchen Seiten radikal verurteilt. Und was in Deutschland (noch) unter Informationsfreiheit fällt, kann nach den französischen Notstandsgesetzen eine mehrjährige Gefängnisstrafe nach sich ziehen.

► **Bakterienschleudern:**

Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums sind Griffe von Einkaufswagen durchschnittlich 100 Mal mehr mit gefährlichen Keimen belastet als die Sitze öffentlicher Toiletten. Auf den Griffen sollen sich durchschnittlich 100.000 Keime pro Quadratzentimeter befinden. Das Ministerium fördert nun Erfinder, welche eine Problemlösung anbieten können.

► **Lügenmedien:**

Die ägyptische Polizei hat vor wenigen Tagen einen Fotografen festgenommen, der Bilder mit angeblich »verletzten syrischen Kindern aus Aleppo« fabriziert hatte und diese veröffentlichen wollte. Die Fotos sollten das »Leid« und die »Zerstörung« in Aleppo illustrieren, teilte das ägyptische Innenministerium mit. Das Fotografenteam wurde zusammen mit Assistenten und den Eltern der Kinder in der ägyptischen Provinz Port Said verhaftet. Zufällig hatten Polizisten gesehen, wie Kinder vor Bauruinen mit Kunstblut bespritzt und fotografiert worden waren.

► **Ärger mit Banken?**

Ein Erbe, der über das Konto eines Erblassers verfügen will, ist zwar dazu verpflichtet, sein Erbrecht nachzuweisen. Die Art und Weise, wie er diesen Nachweis erbringt, darf ihm die Bank jedoch nicht vorschreiben. Anderslautende Klauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) von Banken und Sparkassen sind laut Bundesgerichtshof unwirksam. Ein Erbe kann sein Erbrecht somit auch durch Vorlage eines eröffneten eigenhändigen Testaments des Erblassers belegen, wenn dieses die Erbfolge mit der im Rechtsverkehr erforderlichen Eindeutigkeit nachweist (Urteil des BGH mit dem Az.: XI ZR 440/15).

► **Verwertungsverbot für alle Blitzerfotos:**

Geschwindigkeitsmessungen mit dem Lasergerät *Poliscan Speed* der Firma *Vitronic* (*amtsinterne Gerätebezeichnung PS 629690—231291239*) sind generell unverwertbar, weil die zulässigen Messfehlergrenze deutlich überschritten werden. Dies geht aus einer aktuellen Entscheidung des Amtsgerichts Mannheim hervor. Das Messgerät habe der Bauartzulassung in wesentlichen Teilen nicht entsprochen (*Beschluss vom 29. November 2016, Az.: 21 OWi 509 JS 35740/15*). Das Gerät wird bei Messungen auf Autobahnen, Schnellstraßen und Landstraßen eingesetzt.

► **Kriegsvorbereitungen:**

Deutsche Panzergrenadiere bereiten sich derzeit auf ihre Verlegung an die russische Grenze vor. So übt etwa das Panzergrenadierbataillon 122 auf dem *Truppenübungsplatz Grafenwöhr* für den Einsatz in Litauen an der russischen Grenze, der im Februar 2017 beginnen soll. Damit nimmt die deutsche Beteiligung an der von den Vereinigten Staaten angeordneten Einsatzplanung *Enhanced Forward Presence*, der verstärkten vorgeschobenen Präsenz der NATO an der russischen Grenze, immer mehr Gestalt an. Die Obama-Regierung wollte die USA so in die Lage versetzen, Russland jederzeit angreifen zu können. Es ist unklar, ob der neue US-Präsident Trump das fortsetzen wird.

► **Lügen bei der Einbürgerung erlaubt:**

Deutschland ist jetzt das wohl einzige Land der Welt, in dem vorsätzlich unwahre Angaben in Zusammenhang mit Einbürgerungsanträgen ohne Folgen bleiben. Der Bundesgerichtshof wollte die deutschen Amtsgerichte entlasten und hat deshalb jetzt entschieden, dass unwahre Angaben oder das Verschweigen von Straftaten bei Einbürgerungen künftig außer Betracht bleiben und auch nicht mehr strafbar sein sollen. Bislang wurden falsche Angaben beim Einbürgerungsantrag bestraft.